

Die Jugend bleibt außen vor

Wörrstädter Stadtrat verabschiedet den Haushalt für 2022 einstimmig / CDU und FWG kritisieren fehlende Jugendarbeit

Von Torben Schröder

WÖRRSTADT. Einstimmig hat der Wörrstädter Stadtrat den Haushalt für das aktuelle Jahr beschlossen. Und doch gab es mehrere Diskussionspunkte. Ein Etatposten zum Ausbau der Rathaus-Scheune veranlasste die FWG zur Enthaltung. CDU und Freie Wähler monierten zudem, dass die Stadtverwaltung ihre Anträge nachlässig behandelt. Scharfe Kritik zog die Jugendarbeit auf sich.

18,7 Millionen Euro Aufwendungen, 2,2 Millionen Euro Fehlbetrag, mit dieser Kalkulation geht Wörrstadt ins Haushaltsjahr. Stadtbürgermeister Ingo Kleinfelder (SPD) sprach hinsichtlich der Steuereinnahmen von einer „Momentaufnahme“, die sich mit Blick auf die Ukraine schnell ändern könne. Mit 3,9 Millionen Euro ziemlich üppig fallen die Investitionen aus, um 1,5 auf 5,8 Millionen Euro steigt die Verschuldung. „Eine Summe, mit der wir bei unserem Haushaltsvolumen ganz gut zurecht kommen können“, findet Kleinfelder.

Ein Schwerpunkt bei den Investitionen ist die Fortsetzung der Stadtkernsanierung. Beim zweiten Bauabschnitt der Friedrich-Ebert-Straße befindet man sich im Zeitplan. „Man kann sich so einen Plan auch schön rechnen“, sagte SPD-Fraktionschef Thomas Müller.

Darauf sei klugerweise verzichtet worden. Die Stadt bleibe handlungsfähig. Herauszu stellen seien die Investitionen in die Kitas. Anders als vielen anderen Kommunen bereite das Kita-Zukunftsgesetz Wörrstadt keine Probleme, da hier in den vergangenen Jahren viel investiert worden sei. Auch die geplanten Erneuerungen an den Spielplätzen seien „Investitionen, die sich lohnen“.

Grünen-Sprecher Gfrörer lobt das Grünflächenbudget

Grünen-Sprecher Wolfgang Gfrörer lobte das Grünflächenbudget („Das ist kein Luxus, sondern dringend notwendig“) und den „Einstieg in klimaneutrales Bauen“ im zweiten Abschnitt Hinter der Bahn. „Positiv ist auch, dass auf die Bürger keine höheren Gebühren und Beiträge zukommen.“ Zu diskutieren seien die 16 000 Euro für eine Untersuchung zum Projekt Nordspange. Man teile sich den Betrag mit Saulheim, bemerkte Kleinfelder. Die Verkehrszählung sei eine Forderung des Landes. Die Hoffnung: Das (von den Grünen abgelehnte) Vorhaben werde zur Landesstraße erklärt, was den beiden Kommunen viel Geld spare.

Für die Maßnahmen an den Spielplätzen sowie Sanierung und Lüftungsanlagen für die Kitas gab es auch von Dr. Mar-

kus Holzki (CDU) Lob. Wenn man von den Planungskosten für die Erweiterung des Rheinhessenstadions absehe, seien für den Bereich Jugend leider „keinerlei Investitionen“ und „keine Aktivitäten“ seitens der zuständigen Beigeordneten Irina Hahn (Grüne) zu erkennen. Der Jugendpfleger tue nichts, um den Jugendtreff attraktiver zu machen. Hans-Dieter Freitag (FWG) schloss sich der Kritik an. Hahn sagte zu, tätig zu werden. Umgehend verkaufen würde Holzki gern das stadteigene Wohnhaus in der Hermannstraße 29. Zur weiteren Verwendung gebe es bald Neues, kündigte Kleinfelder an.

Kritisch sehen CDU und FWG den 50 000-Euro-Posten für die Planung von Hochbaumaßnahmen am Rathaus. Dort soll eine Scheune zum barrierefreien Sitzungssaal umgebaut werden. Unnötig, finden Holzki und Freitag mit Blick auf Neubornhalle und VG-Sitz. In der Halle würden durch Ratssitzungen zumindest in Nicht-Corona-Zeiten Vermietungsmöglichkeiten blockiert, hielt Kleinfelder entgegen. Es brauche eine Alternative zum nicht barrierefreien, aktuellen Ratssaal. Die Maßnahme müsse zudem erst noch vom Rat beschlossen werden.

Freitag verwies darauf, dass mindestens 14,5 Millionen

Euro an Aufwendungen verpflichtend seien. Es bestehelso wenig Spielraum, Kostenkontrolle sei umso wichtiger. Bei 5,2 Millionen Euro liegt der Personaletat, wegen neuer Kita und neuen Gesetzes werden 20 neue Stellen geschaffen. 8,8 Millionen Euro fließen über die Umlage an Kreis und Verbandsgemeinde.

Stefan Böhm (FWG) und Holzki äußerten die Kritik, dass ihre Anträge auffallend langsamer bearbeitet würden als solche von SPD und Grünen, die die Stadtspitze stellen. Holzki nannte beispielhaft Anträge zu Beteiligungsstrukturen für Jugendliche, der Konzeption einer neuen Kita und zur Einrichtung von Elternparkplätzen. Leicht könne der Eindruck entstehen, „dass der Öffentlichkeit Aktionen und Vorschläge der Oppositionsfraktionen vorenthalten werden sollen“.

Kleinfelder gestand im aktuellen Fall einen „Fehler meinerseits“ ein, wehrte sich aber gegen den Vorwurf der Absicht. „Mit solchen Unterstellungen wäre ich vorsichtig, weil wir ja fast alle Anträge einstimmig verabschieden“, bemerkte Müller. Der Erste Beigeordnete Gerhard Seebald (SPD) verwies auf Verzögerungen bei der Bearbeitung in Ämtern und VG. Man verständigte sich auf konsensorientiertes weiteres Zusammenwirken.



Die Arbeiten beim zweiten Bauabschnitt der Friedrich-Ebert-Straße liegen zeitlich im Plan. Archivfoto: pakalski-press/Axel Schmitz